



10. Werkstattgespräch

Neue Forschungen zur ostdeutschen Planungsgeschichte

24./25. Januar 2008

Leibniz-Institut für Regionentwicklung und Strukturplanung - Erkner

Abstracts der Vorträge

Die Verantwortung für den Inhalt der Abstracts liegt beim jeweiligen Autor.

1. Die späte Rückkehr eines Emigranten: Rudolf Hamburger (1903–1980) – *Dr. Ing. Eduard Kögel* (Berlin)

Der Architekt Rudolf Hamburger kam 1955 aus der Sowjetunion in die DDR. Dort verhalf ihm sein ehemaliger Studienkollege und Freund Richard Paulick – beide hatten in den zwanziger Jahren bei Hans Poelzig in Berlin studiert – zu einer Stelle beim Chefarchitekten der Stadt Dresden, wo er die beiden Architekten Lothar Thiel und Joachim Krenkel bei der Konzeption für das Hochhaus „Haus der Kultur“ unterstützte. Im darauf folgenden Jahr wechselte er in die Industrieprojektierung Dresden II, wo er unter anderem an einem Schilfzellstoffkombinat in Rumänien mitarbeitete. 1959 holte ihn Paulick als stellvertretenden Leiter für den Aufbau der 2. Sozialistischen Wohnstadt nach Hoyerswerda, wo er bis zu seiner vorzeitigen Pensionierung 1964 geblieben ist. Dort traf er die Schriftstellerin Brigitte Reimann, die ihn in ihrem Roman „Franziska Linkerhand“ auftreten lässt.

Nach der Pensionierung betreute er als freier Mitarbeiter die Ausführung der Innenausbauten für die Botschaft der DDR in Pjöngyang in Nord-Korea. Durch die letztgenannte Tätigkeit war es ihm möglich, nach China zurückzukehren, wo er zwischen 1930–1936 sowie 1939–1940 als Architekt gewirkt hatte. In Shanghai war er Mitarbeiter des Shanghai Municipal Council und konnte zwischen 1930 und 1936 vier große Bauten realisieren. Seine Werke sind die ersten Gebäude, die im Geiste der europäischen Moderne in Shanghai realisiert wurden. Dazu zählen ein Schwesternwohnheim, eine öffentliche Schule, ein Gefängnis sowie eine Müllverbrennungsanlage. Daneben hat Hamburger viele Innenausbauten konzipiert, die in der von ihm mitgegründeten Firma The Modern Homes (TMH) ausgeführt wurden. 1933 lud Hamburger seinen Studienfreund Paulick ein nach Shanghai zu kommen, als dieser aus politischen Gründen Deutschland schnell verlassen musste. In der Folge arbeitete Paulick in der Firma TMH als Innenarchitekt und Designer.

Hamburger hat Shanghai zusammen mit seiner Frau (in der DDR unter dem Künstlernamen Ruth Werner bekannt) 1936 verlassen und zog nach Polen, wo er bis 1938 als Architekt tätig war. Seine Frau arbeitete in dieser Zeit für den Geheimdienst der sowjetischen Armee und er deckte mit der bürgerlichen Fassade des Architekten ihre Aktivitäten. Wegen seiner jüdischen Herkunft, aber auch wegen seiner politischen Haltung war ihm ein Weg zurück nach Deutschland versperrt. Die Emigration führte ihn über die Schweiz zurück nach Shanghai, wo er ohne seine Frau ebenfalls für den

oben genannten Geheimdienst aktiv wurde. 1940 wurde er enttarnt und verbrachte ein Jahr im Gefängnis des chinesischen Geheimdienstes in Chongqing, bevor ihn die sowjetische Armee nach Moskau holen konnte.

Ab 1941 wurde Hamburger in Teheran im Iran als Architekt und als Mitarbeiter des Geheimdienstes eingesetzt. Dort wurde er durch die amerikanischen Sicherheitsbehörden festgenommen und an die sowjetischen Kollegen übergeben. In Moskau verurteilte man ihn dann 1943 unter fadenscheinigen Gründen zu einer zehnjährigen Haft im Gulag. Von dort wurde er 1953 in die Verbannung in die Ukraine entlassen aus der er erst 1955 mit Hilfe von Richard Paulick in die DDR zurückkehren konnte.

In der DDR war sein Lebensweg aus politischen Gründen tabu. Daher wurden auch seine außerordentlichen Bauten in Shanghai nie veröffentlicht.

2. Hermann Henselmann und die Rezeption der Moderne – *Elmar Kossel (Berlin)*

Maßgeblich für Hermann Henselmanns Selbstverständnis als Architekt ist sein Bekenntnis zur Moderne.

Prägend für Henselmanns architektonische Praxis, seinen Umgang mit dem Vokabular der Moderne, war in den späten 1920er Jahren die Begegnung mit dem ungarischen Filmarchitekten Alexander Ferenczy (1895-1931), mit dem zusammen er die Villa Kenwin (La Tour-de-Peilz, nahe Montreux/Schweiz, 1930/31) realisierte.

Paradigmatisch werden an der Villa überdeutlich Le Corbusiers „cinq points d'une architecture nouvelle“ formuliert und mit weiteren Elementen kombiniert. So erinnert etwa die ausschwingende Terrasse an die Häuser am Rupenhorn in Berlin von Hans und Wassili Luckhardt. Es handelt sich bei der Villa Kenwin um eine collagenhafte Verwendung von Architekturteilen und -prinzipien, die hier als Chiffre für die Modernität der Architektur eingesetzt sind und nicht in einem funktionalen Zusammenhang miteinander stehen. Die „cinq points“ wurden wie Zeichen verwendet, die der Villa wie Schauwerte appliziert sind und damit bereits wie die Merkmale eines Stils verwendet wurden.

Diese eklektizistische Herangehensweise, die Henselmann hier erstmals mit anwendet, ist entscheidend mit Ferenczy verbunden. Diese Arbeitsweise, Architektur, bzw. die Moderne als Stil zu begreifen, mit dem unterschiedliche inhaltliche und moralische Konnotationen verbunden werden können, hat Henselmann stark geprägt und blieb für weitere Teile seines Werkes weiter verbindlich. Wie sich anhand von Henselmanns Arbeiten weiter zeigen läßt, stand für ihn immer die Schaffung einer Architektur im Vordergrund, die als ideale Projektionsfläche für die jeweiligen moralischen, politischen und zeitgeistigen Inhalte einer bestimmten Zeitspanne und Klientel dienen und diese Inhalte adäquat verkörpern konnte. Um diesen Transport zu gewährleisten, die Architektur, bzw. den jeweiligen Stil entsprechend zu konnotieren und dem Rezipienten eine „Lesehilfe“ zu bieten, war Henselmanns publizistische Tätigkeit beträchtlich. In seinen Aufsätzen und Schriften entwickelte er oft argumentativ, die seiner Architektur entsprechende Lesart in Verbindung mit den gesellschaftlich normativen Inhalten ihrer Zeit. Diese Focussierung auf die Inhalte lenkte den Blick zudem vorerst ab von den architektonischen Vorbildern, derer Henselmann sich bediente.

3. Wiederaufbauplanungen für das Leipziger Stadtzentrum 1945 bis 1990 - Dr. Ing. Thomas Hoscislawski (Stadtplanungsamt Leipzig)

Der Vortrag skizziert die sich im Verlauf von 45 Jahren wandelnden Konzeptionen für den Wiederaufbau des im zweiten Weltkrieg in Teilen zerstörten Leipziger Stadtzentrums, fokussiert auf den Umgang mit dem überlieferten Stadtgrundriss.

Nach Kriegsende 1945 griff das Stadtplanungsamt erste Überlegungen wieder auf, die schon kurz nach dem schwersten Bombenangriff auf das Stadtzentrum im Dezember 1943 angestellt worden waren. Es entwickelte angesichts des im Vergleich mit anderen Städten schwachen Zerstörungsgrads in einer pragmatischen Herangehensweise bis 1949 einen Bebauungsplan, der von der Bewahrung des alten Stadtgrundrisses ausging. Nach dem Übergang zum stalinistisch doktrinierten Bauen konnte diese Konzeption in den Grundzügen unverändert - lediglich ideologisch untersetzt - in den Aufbauplan von 1952 übernommen werden. Die Abkehr vom Dogma der Bewahrung nationaler Bautraditionen führte dagegen in der Zentrenkonzeption von 1959 zur „Erfindung“ eines ganz neuen Stadtzentrums. Aus wirtschaftlichen Gründen war eine Durchführung der damit verbundenen Gebäudeabriss nicht möglich, so dass die Stadtplaner ab Ende der sechziger Jahre durch operative Einzelentscheidungen sukzessive Abschied von dieser Idealplanung nahmen. Der Generalbebauungsplan von 1976 verstand sich in Bezug auf das Stadtzentrum als ein Lückenschlussprogramm, das bis 1987 zu einer Entwicklungskonzeption weiterentwickelt wurde, die in ihren Vorschlägen für die Bebauung der verbliebenen Brachflächen eine gewollte Rückkehr zur überlieferten Stadt vorsah. Schließlich zielten die Ergebnisse des 1988 durchgeführten Zentrums Wettbewerbs auf eine Revision der in den sechziger Jahren geschaffenen offenen Raumstrukturen hin. Diese mündete in den Rahmenplan von 1990, der das Leitbild für die Fortführung des Wiederaufbaus in der Nachwendezeit darstellte.

4. Plätze in einem geteilten Land. Stadtplatzgestaltungen in der BRD und DDR von 1945 bis 1990 – Dipl.-Ing. Leonie Glabau (Berlin)

Nach dem II. Weltkrieg richtete sich das Interesse der Planer im Westen zunächst auf die Stadtlandschaft. In der Folge gab es in den neuen Siedlungen wenig wirkliche Plätze, denn urbaner Raum wurde zum Unraum. In den Zentren der Innenstädte entstanden dagegen repräsentative City-Plätze, die internationales Flair und Aufbauwillen zeigen; daneben sorgten Quartiersplätze und "Grüne Sitzplätze" aus Restflächen für Erholungsmöglichkeiten. In den 60er Jahren bis zu Beginn der 70er boten die Planer immer mehr Nutzungsmöglichkeiten für verschiedene Altersgruppen auf den Plätzen an. Parallel entstanden gemäß dem Motto "Urbanität durch Dichte" große Wohnsiedlungen, in denen übergeordnete Zentren die Versorgung übernehmen sollten. Platzräume fanden sich dort allerdings selten. In den späten 70er und 80er Jahren besannen sich die Planer auf den Bestand, postmoderne Stadtplätze entstanden, historische Plätze wurden zunehmend restauriert oder rekonstruiert.

In der DDR standen nach 1945 die Zentralen Plätze im Blickpunkt. Wichtige gesellschaftliche Bauten rahmten einen großen, leeren Platz. Hier sollten Demonstrationen und Kundgebungen die Richtigkeit und die Überlegenheit des Sozialismus unterstreichen. Die DDR-Regierung schuf mit den Zentralen Plätzen in den 50er Jahren einen aufschlussreichen Gegensatz: Sie gab ihrer Bevölkerung einen großen öffentlichen Raum, den sie ihr aber gleichzeitig durch die strikte Funktionszuweisung wieder nahm. Denn jenseits von politischen Aufmärschen und Kundgebungen boten diese Plätze im Alltag durch ihre sterile Monumentalität keinen Anziehungspunkt und blieben unbelebt. Zweiseitig bleiben bei den Zentralen Plätzen der DDR die Parallelen zu den nationalsozialistischen Plätzen.

Erst mit Beginn der 60er Jahre verwischten in der DDR auf den Plätzen in den Stadtzentren die Grenzen zwischen Monumentalität, Repräsentation und wirklicher Nutzbarkeit. Durch Einbauten wie Wasserspiele, Sitzbänke und Blumenhochbeete, durch die Nachbarschaft von Geschäften, Kinos und Gaststätten belebten sich die großen Räume langsam wieder und boten als Erholungs- und Kommunikationsort nun auch Funktionen jenseits der politischen Aufmärsche. Mitte der 70er Jahre spitzte sich die prekäre finanzielle Situation der DDR

durch die Preiserhöhungen für Öl seitens der UdSSR zu. In der Folge blieben die Ausführungen vieler Stadtplätze und Versorgungszentren rudimentär und ungewollt einfach, obwohl die Visionen für zentrale Ensembles ambitioniert waren.

Formensprache und Ausstattung der Quartiersplätze in der DDR zeigten in den 50er Jahren große Parallelen mit den verschiedenen Platztypen in der BRD. Asymmetrische Gestaltungen, weite Schwünge der Wege, viele Bänke, Kinderspielbereiche, Blumenrabatten und große Rasenflächen fanden sich auf Stadtplätzen in beiden deutschen Staaten. Ab den 60er Jahren fanden sich dann auch auf den Plätzen innerhalb der zentralen Ensembles der DDR mit mehr quadratisch-rechteckigen Formen, Wasserbecken und Hochbeeten ähnliche Gestaltungsformen wie auf Plätzen in der BRD zur ungefähr selben Zeit. Später wurden die Formen in Ost und West zunehmend vom asymmetrischen Vieleck geprägt. Generell fällt allerdings eine gewisse zeitliche Verzögerung auf. Neue Formensprachen und Ausstattungselemente der Plätze setzten sich in der DDR in vielen Fällen erst einige Jahre später als in der BRD durch.

5. Anspruch und Wirklichkeit im Baugeschehen der unmittelbaren Nachkriegszeit in Dresden - *Katja Zimmermann* (Berlin)

Die berühmten städtebaulichen Planungsvorschläge von Hanns Hopp, Mart Stamm oder Paul Wolff zum Wiederaufbau der Stadt Dresden stehen stellvertretend für die große städtebauliche Euphorie, die unmittelbar nach Ende des Krieges in der zerstörten Stadt existierte. Während eines schmalen Zeitfensters in der SBZ und dem ersten Halbjahr nach Gründung der DDR herrschte baupolitisch eine pluralistische und demokratisch geprägte Aufbruchstimmung. Aber die ambitionierten Vorschläge der Nachkriegszeit, egal ob sie sich an der „neuen Stadt“ oder am Wiederaufbau des Stadtzentrums orientierten, blieben auch in Dresden zunächst Theorie. 1945 bis 1949 bestimmten im Bausektor „Sofortmaßnahmen“ das Bild. Es ging um Reparaturen, um die Wiederherstellung baulicher Strukturen, die Sicherung der Versorgung und der öffentlichen Daseinsfürsorge. Der „Große Wiederaufbauplan“ setzte Anfang 1946 stadtplanerisch mittel- bis langfristige Ziele, die jedoch in den folgenden Jahren nicht eingehalten werden konnten. Ursachen waren der Überhang nötiger Reparaturmaßnahmen, der gesamtstädtische Baustopp, Material- und Personalmangel, aber auch die besonderen Bedingungen unter der sowjetischen Besatzung.

Mit besonderem Blick auf die bauwirtschaftliche Realität sollen die baulichen Maßnahmen im zerstörten Dresden, vor allem in der zentrumsnahen Neustadt, vorgestellt werden. Wie wurde die städtische Verwaltung den differenzierten Ansprüchen gerecht, die vor dem Hintergrund eines katastrophentartigen Zusammenbruchs und einer nicht abreißenden Krise an sie gestellt wurden. Wie vertrugen sich auf der einen Seite die Ansprüche eines zentralen Wiederaufbauplanes mit den auf der anderen Seite nötigen und Ressourcen verschlingenden „Sofortmaßnahmen“? Welche Konzepte setzte die Kommune den Herausforderungen des Alltags, dem Problemdruck und der gleichzeitigen Mangelwirtschaft entgegen? Welche mittel- bis langfristigen Lösungen mussten für die Strukturen und Handlungskompetenzen der Verwaltung entwickelt werden, um die Folgen im städtischen Raum zu kompensieren? Sichtbar werden so kommunale Handlungsstrategien wie Ressourcenbündelung und die allmähliche Zentralisierung der Verwaltungsstrukturen sowie der städtischen Dienstleistungsbereiche. Der Vortrag thematisiert die Zentralisierung der Behörden am Beispiel der Bauverwaltung. War die Zentralisierung allein ein Produkt politischer Vorgaben? Oder war sie aus Sicht der lokalen Verantwortlichen ebenso ein Weg zur

Überwindung des städtischen Ausnahmezustandes? Die Veränderung im kommunalen Sektor war struktureller Bestandteil des Transformationsprozess von der zerstörten zur sozialistischen Stadt und muss auch als eine Voraussetzung für die Stadtplanung der fünfziger Jahre gesehen werden. Es wird der Frage nachgegangen, ob und inwiefern dieser Prozess durch die lokalen Strukturen selbst vorangetrieben wurde.

6. Pläne für Prenzlau. Stadtplanung und Stadtentwicklung in einer kleinen DDR-Mittelstadt in den sechziger und siebziger Jahren – Dr. Harald Engler (IRS Erkner)

Die Stadt Prenzlau wurde am Ende des Zweiten Weltkriegs zu etwa 85 Prozent zerstört. Nachdem sich Entrümmerung und ein erster notdürftiger Wiederaufbau bis weit in die fünfziger Jahre hingezogen hatten, entwickelten die für die Planung zuständigen Behörden von Stadt, Kreis und Bezirk Neubrandenburg seit Anfang der sechziger Jahre ehrgeizige Pläne für den Wiederaufbau. Die alte Hauptstadt der Uckermark sollte industrialisiert, die Einwohnerzahl dabei von etwa 20.000 Bewohnern verdoppelt und das Stadtzentrum entsprechend den zeitgenössischen Leitvorstellungen von einer „sozialistischen Stadt“ mit zehngeschossigen Hochhäusern „aufgewertet“ werden.

Während die Ansiedlung neuer Industriekapazitäten mit dem Aufbau eines Armaturenwerks seit 1964 in Ansätzen realisiert wurde, trafen die anderen Projizierungen aus der Zeit der frühen Planungseuphorie für die Stadtentwicklung nicht ein. Die Hochhauskonzeption für die Innenstadt wurde später in der Fachpresse als „Phantasieprojekt“ bezeichnet und nicht zuletzt wegen der fehlenden Finanzierbarkeit nicht verwirklicht. Auf die Planungseuphorie folgte in der Stadtentwicklung in einigen Bereichen eine ausgesprochene Plandepression, denn die durch die bezirkliche Planbürokratie zugewiesenen Kapazitäten sorgten weder im Wohnungsneubau noch in der Instandhaltung der vorhandenen Bausubstanz für eine Befriedigung der Bedürfnisse der Bewohner.

Eine Wohnbebauung in industrialisierter Typenbauweise im alten Stadtkern im Wesentlichen unter Beibehaltung des alten Straßenrasters, allerdings mit einer erheblichen Aufweitung der Straßenräume in den sechziger Jahren sowie die Etablierung eines randstädtischen Großsiedlungsbaus im Nordosten der Altstadt in den siebziger Jahren sorgten für eine deutliche Veränderung der funktionalen Struktur der Stadt. Prenzlau wurde durch die Stadtplanung und -entwicklung in dieser Zeit insbesondere im alten Kern enturbanisiert. Mit der Verlegung des faktischen Stadtzentrums nach Norden ging die zuvor deutlich sicht- und erlebbare Trennung von öffentlichen und privaten Stadträumen verloren. Sollte die Innenstadt durch diese Entdifferenzierung der Bedeutungsträgerschaft von Stadtgebäuden das bewusst planerisch herbeigeführte stadträumliche Abbild einer hierarchielosen Gesellschaft darstellen?

Ziel des Vortrags ist es, neben dem Nachvollzug dieser Grundlinien der Stadtplanung und -entwicklung zu analysieren, ob Prenzlau durch die politische und verwaltungstechnische Unterstellung unter die Bau- und Bauplanungsbürokratie des Bezirkes Neubrandenburg benachteiligt oder aber als Kreisstadt eher bevorzugt wurde. Dabei wird auch aufzuzeigen sein, wie groß die planungspolitischen Handlungsspielräume für die Kommunalverwaltung vor Ort in dem Spannungsverhältnis zu den übergeordneten Verwaltungsträgern von Kreis und Bezirk, den Ansprüchen der Bevölkerung nach angemessenem Wohnraum und Versorgungsmöglichkeiten und den Planzwängen in der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR waren. Planungseuphorie und offizielle Erfolgsmeldungen der Verwaltungseinrichtungen von Stadt und Bezirk in Bezug auf die Stadtentwicklung werden dabei mit der alltagsbezogenen Realität der städtischen Entwicklung anhand der archivischen Überlieferung konfrontiert.

7. Neue Zentren für sozialistische Städte. Urbanistische Theoriebildung in der UdSSR und der DDR in den späten 1950er und 1960er Jahren – *Elke Beyer* (ETH Zürich)

Komplementär zur rapiden Verstädterung richtet sich die planerische und politische Aufmerksamkeit in den „langen“ 1960er Jahren sowohl in der Sowjetunion wie in der DDR unter anderem stark auf die Konzeption von Zentren. „Sozialistische Zentralität“ wird nicht mehr (allein) politisch, sondern „im Sinne komplexer gesellschaftlicher Zentralität“ (Bruno Flierl) gedacht und entworfen. Gleichzeitig greifen die Fachpublikationen zu Städtebau und Architektur in beiden Ländern aktuelle internationale Diskussionen zur Gestaltung gesellschaftlicher Zentren auf – über Shopping Malls und New Towns, über Mobilität und Verkehrsplanung, über die Expressivität und Lesbarkeit von Architektur und Raum. In theoretischen Abhandlungen und zahlreichen Entwürfen für Stadtzentren werden Prinzipien des Städtebaus der Moderne aufgegriffen, umgedeutet und mit der Zielvorstellung einer modernisierten sozialistischen Gesellschaft verschmolzen.

Der Vortrag gibt einen Überblick über die Veränderung der Konzepte sozialistischer Zentralität und Urbanität, wie sie in programmatischen Publikationen und Fachzeitschriften von Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre formuliert sind. Dabei steht einerseits die Frage des Transfers von urbanistischen Konzepten, Architektur- und Stadttheorie zwischen der UdSSR und der DDR im Mittelpunkt. Andererseits diskutiert er die Rezeption historischer und internationaler Referenzprojekte und Debatten um das Stadtzentrum. Ziel ist eine Positionsbestimmung der Begrifflichkeiten und Raumkonzepte, die den Neuansätzen in der räumlichen Konzeption der Zentren in den 1960er Jahren zugrunde liegen.

8. Sozialistische Stadtplanung und gesellschaftliche Wirklichkeit im Belgrad der 1960er Jahre - *Nicole Münnich* (Center for Metropolitan Studies, TU Berlin)

Belgrad hat sein Aussehen in den ersten zwanzig Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stark gewandelt. Allerdings wurde die gewachsene städtebauliche Struktur Belgrads kaum angetastet – und das ist für eine sozialistische Hauptstadt äußerst bemerkenswert. In Belgrad wurden nicht wie beispielsweise in Bukarest stalinistische Schneisen geschlagen, die auf stalinistische Gebäude zuliefen. Hier wurde das Kernzentrum (die Festungsanlage Kalemegdan und die sich daran anschließende Innenstadt, die im 19. Jahrhundert reguliert und in die heutige Form gebracht worden war) im Wesentlichen nicht angerührt. Die größten städtebaulichen Veränderungen wurden auf der linken Seite der Save sichtbar. Auf dem Morastgebiet entstand nach dem Zweiten Weltkrieg ein völlig neuer Stadtteil, der das einst habsburgische Zemun mit dem Stadtkern Belgrads verband. Dieses Neu-Belgrad war das große, prestigeträchtige Städtebauprojekt, mit dem die neue sozialistische Führung ihren Hauptstadtausbau untermauerte. Während die alte Stadt Belgrad die Hauptstadt der Republik Serbien bleiben sollte, sollte zwischen rechtem Donau- und linkem Save-Ufer eine neue Bundeshauptstadt, ein „jugoslawisches Washington D.C.“ (Bogdan Bogdanovic) entstehen – ein Projekt, das höchste Priorität genoss, was sich darin zeigt, dass die Belgrader Führung hier ihre wichtigsten Repräsentativ-Bauten errichtete. Die Institutionen des Bundes Jugoslawiens waren somit nicht im alten Stadtzentrum, sondern in Neu-Belgrad untergebracht.

Die Realisierung von Neu-Belgrad – das entsprechend den Prinzipien der so genannten „Charta von Athen“ geplant worden war – war angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten in der ersten Nachkriegsdekade und des steten Zuzugs 10.000er Menschen eine enorme städtebauliche Leistung. Doch die Schnelligkeit hatte ihren Preis: Die Straßen und Häuser orientierten sich nicht an den Bedürfnissen der Bewohner. Neu-Belgrad entpuppte sich als „Schlafstadt“. Es fehlten sowohl Einkaufs- als auch Zerstreungsmöglichkeiten. Und angesichts dessen, dass bis zum Zweiten Weltkrieg noch 82% der Belgrader Häuser ebenerdig waren, so ist vielleicht nachvollziehbar, welche große Herausforderung an die Anpassungsleistung ihrer neuen Bewohner die Hochhäuser Neu-Belgrads darstellten. Die Umstellung konnte kaum größer sein. Herausgerissen aus ihrer kleinstädtischen Intimität waren die Menschen nun mit dem kalten Kubismus der Wolkenkratzer konfrontiert. So zeigten sich denn

auch bald schon die ersten sozialen Verwerfungen wie Vandalismus. Zudem richteten sich die Menschen aus Wohnungsmangel in den undenkbarsten Ecken und Winkeln Neu-Belgrads ein. Sie zogen in Waschküchen, Keller, ja sogar in die Fahrstühle der Neubauten (Symbole des Fortschritts und der Modernität Belgrads). Während die Hausgemeinschaften sie dort meist duldeten, suchten Parteifunktionäre nach Auswegen. Hier setze ich mit meiner Analyse der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse an.

Der Vortrag analysiert das Hauptstadtkonzept der Partei und dessen Umsetzung vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die 1970er Jahre hinein. Es wird das Verhältnis zur Stadt untersucht. Wie sah der Versuch der Partei aus, Belgrad zu lenken und zu einer sozialistischen Metropole zu formen und wie reagierten die Stadtbewohner auf jene Lenkungsversuche?

9. Stadtplanung und Bauprojekte der DDR nach der Revolution in Sansibar – *Dr. Ludger Wimmelbücker* (Universität Hamburg)

Die Revolution vom Januar 1964 und die Vereinigung Sansibars mit Tanganyika im April 1964 prägten die Geschichte dieser Inselgruppe bis heute. Sansibar war das erste afrikanische Land südlich der Sahara, das die DDR diplomatisch anerkannte. Dieser politische Erfolg motivierte die DDR, sich dort besonders stark und auf verschiedenen Ebenen in der Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren. Die Modernisierung der östlichen Stadtteile der Hauptstadt, die wie das Land selbst Sansibar heißt, war ein herausragendes Projekt – sowohl was die ökonomischen Anstrengungen der DDR anbetraf wie auch die Öffentlichkeitswirkung der baulichen Umgestaltung eines großen Teils der Hauptstadt, die nicht zuletzt aufgrund ihrer historischen Architektur über Ostafrika hinaus bekannt war.

Stadtplaner, Architekten und Bauleiter aus der DDR beteiligten sich zentral an der Planung und Durchführung dieses Bauprojekts, das zugleich der Ausbildung von einheimischen Fachkräften dienen sollte. Ein kleiner Teil der gesamten Baumaßnahmen ist eindeutig als Beitrag der DDR zu verstehen. Nach dessen Abschluss sah sich die DDR-Führung ökonomisch überfordert, das Projekt auf demselben Niveau weiterzuführen, eine Haltung, die unter anderem dadurch zu erklären ist, dass Sansibar die volle diplomatische Anerkennung der DDR nach der Vereinigung mit Tanganyika nicht aufrechterhalten konnte. Die sansibarische Führung, die die Entwicklungszusammenarbeit mit der DDR im Baubereich angeregt hatte, führte das Bauprojekt auf eigene Kosten weiter, wobei sie DDR-Planungen modifizierte und auf die Unterstützung anderer zurückgriff, vor allem der Chinesen, die den Auftrag für die Errichtung eines Stadions erhielten.

Betrachtet man das Engagement der DDR im historischen Kontext, so erscheint es als Fortsetzung einer Sozialpolitik, deren grundlegende Vorstellungen sich während der britischen Kolonialherrschaft herausgebildet haben. Besonders auffällig ist der Gegensatz der küstennahen Stadtteile, deren Erscheinungsbild von Steinhäusern geprägt ist, und der östlichen Stadtteile, die ungefähr ab Ende des 19. Jahrhunderts entstanden und zunächst noch teilweise durch einen Meeresarm von den übrigen Stadtteilen abgetrennt waren. Der „stone town“ wurde überwiegend eine historische Dimension zugeschrieben, denn in den Augen der Europäer repräsentierte sie den vergangenen Einfluss „arabischer“ und „indischer“ Händler, während der übrige Teil

als „afrikanische“ Siedlungen angesehen wurden, die nicht zu den Modernisierungsvorstellungen der britischen Kolonialherren und der revolutionären Führung passten. Allerdings waren die Lebensbedingungen dort nicht durchweg minderwertig, eine Tatsache, die die Zerstörung der bestehenden Häuser und die zwangsweise Umsiedlung der Bewohner als nicht gerechtfertigt erscheinen lässt. Insgesamt sieht man heute die nach DDR-Vorbild errichteten Wohnblöcke mit gemischten Gefühlen, vor allem weil sie gewohnten Lebensweisen und den Bedürfnissen größerer Familienverbände zum Teil widersprechen.

10. Bergbau, Devastierung und Rekultivierung. Die DDR und ihr Erbe für die Kulturlandschaftsentwicklung – Prof. Dr. Günter Bayerl (TU Cottbus)

Das Referat stellt die Forschungen des Lehrstuhls Technikgeschichte der BTU Cottbus der letzten Jahre zur Geschichte der Kulturlandschaft Niederlausitz vor. In diesen wurde der Geschichte der Kulturlandschaftsentwicklung seit dem 18. Jahrhundert nachgegangen. Im Ergebnis kann aufgezeigt werden, wie sehr verschiedene Strukturen der historischen Landnutzung das spezifische Bild selbst der heutigen Kulturlandschaft Niederlausitz prägen. Trotz des großflächigen Braunkohletagebaus, zum Teil aber auch gerade wegen dieses Bergbaus (Bergbauschutzgebiete) sind ältere Landnutzungsformen in spezifischer Weise in der Niederlausitz präsent.

So haben sich durch Stagnation in den Bergbauschutzgebieten Relikte der vor- und frühindustriellen Agrargesellschaft deutlicher als anderswo in der Landschaft erhalten (klassische Dorfstrukturen im wendischen Siedlungsgebiet, Elemente der Gutswirtschaft, Landstädte), gleichwohl auch Relikte der Industrialisierung (Industriedörfer, Textilfabriken etc.). Der Braunkohlebergbau und seine Kraftwerke haben durch die flächenhaft-landgebundene Form dieser Industrie eine ganz spezielle Landschaft gestaltet, die mit der umfassenden Rekultivierungsbemühung nach der Wende – u.a. durch die Internationale Bauausstellung Fürst Pückler-Land – in spezifische Formen der „postindustriellen Landschaftsgestaltung“ überführt wird.

Die älteren Schichten der Kulturlandschaft sind insbesondere seit der Wende stark bedroht, so daß die historische Forschung auf diesen Bestand verstärkt hinweisen muß, um bei der Neudefinition des „Landschaftsbegriffes Niederlausitz“ die Identifikation auch mit diesen älteren Elementen zu ermöglichen. Die endogenen Potentiale der Landschaft können nicht allein durch deren industrielle Potenz, sondern müssen durch einen weiteren historischen Rückgriff geklärt werden.

11. Stadtdenkmalpflege in der DDR während der 1970er und 1980er Jahre am Beispiel ausgewählter Städte des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt – *Sandra Keltsch* (Leipzig)

Im Rahmen des Vortrags soll zunächst umfassend über Theorie und Praxis der innerstädtischen Erneuerung berichtet werden, vor allem im historischen Altstadtkern in den 1970er und 80er Jahren. Hauptziel dieser einführenden Darstellung ist es, den Zusammenhang zwischen der bereits in der Mitte der 1950er Jahre einsetzenden Industrialisierung des Bauwesens und dem fortgeschrittenen Verfall der Altbausubstanz im genannten Zeitraum herzustellen. Die Rolle des Wohnungsbauprogramms, das einen wesentlichen Aspekt der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach dem Amtsantritt Honeckers im Jahr 1971 darstellte, ist hierbei zu untersuchen. Außerdem werden Stand und Ergebnisse der Bauforschung im Bereich der Stadterneuerung sowie deren städtebauliche Umsetzung dargelegt. Im nächsten Schritt sollen Struktur, Organisation und Arbeitsweise sowie die Gründe für die Divergenz von Theorie und Praxis der Denkmalpflege vorgestellt werden. Das Denkmalpflegegesetz von 1975 und seine Durchführungsbestimmungen werden ebenfalls besprochen.

Im zweiten Teil wird an einigen Beispielstädten des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt die städtebauliche Entwicklung ihrer historischen Kerngebiete unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten untersucht und dargestellt. Ausgewählt wurden hierfür die Städte Naumburg, Quedlinburg sowie Wernigerode und Tangermünde. Den Planungen von Städtebauern und Denkmalpflegern wird die Darstellung der tatsächlich realisierten Erneuerung gegenübergestellt. Besonderes Augenmerk soll in diesem Zusammenhang auf der Frage liegen, warum das Verhältnis von Abriss und Erhalt in durch den Plan im Bauwesen und anhand von Denkmallisten scheinbar gleichrangig wertvoll eingestuften Städten sehr stark schwankt (Quedlinburg und Naumburg einerseits sowie Wernigerode und Tangermünde andererseits). Abschließend soll ein Ausblick auf die Zeit nach der politischen Wende 1989 stehen.

12. Städtebauliche Denkmalpflege in der DDR am Beispiel Görlitz – Konstanze Richter (Leipzig)

Die Denkmalpflege in Sachsen bemühte sich nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges und dem sich anschließenden Aufbau eines staatlich gelenkten Bauwesens in der SBZ bzw. späteren DDR intensiv um den Erhalt überkommener Städte. Trotz bzw. auch wegen ihrer geringen Einflussmöglichkeiten auf das innerstädtische Baugeschehen regte das Dresdner Amt für Denkmalpflege eine methodische Untersuchung zur Erhaltung und Sanierung von Altstädten an. In ihrem Auftrag erarbeitete der Dresdner Architekt Bernhard Klemm ein modellhaftes Konzept zur behutsamen und weitgehend bestandserhaltenden Erneuerung alter Städte anhand des Görlitzer Peterskirchviertels. In diesem hatte sich zuvor auf Grund mangelnder Baupflege und unterlassener Instandsetzungen ein Gebäudeeinsturz ereignet, bei dem tragischerweise zwei Menschen zu Tode kamen. Der bereits 1958 vorgelegte Sanierungsplan sah zwar die Entkernung der Hofbereiche zugunsten eines Gemeinschaftshofes vor, doch folgte er dem Ziel, einerseits modernen Wohnraum zu schaffen und andererseits die Struktur und das Grundrissgefüge des überkommenen Siedlungskörpers zu wahren.

Unter vornehmlich struktur- und raumplanerischen Aspekten entwickelte Bernhard Klemm schließlich in seiner 1962 fertiggestellten Dissertation „Die Sanierung des Görlitzer Peterskirchviertels. Beitrag zur Rekonstruktion der Altstädte“ einen Plan zur behutsamen Erneuerung der gesamten Altstadt von Görlitz. Angesichts der baupolitischen Realitäten kam das Sanierungsmodell, das man bis 1965 als „Schulbeispiel“ zu verwirklichen hoffte, leider nur ansatzweise zur Ausführung. Die damals erarbeitete innovative Methodik, die international anerkannt und wegweisend war, nahm im Bau- und Planungsgeschehen der DDR nur eine untergeordnete Rolle ein. Noch Jahre später bedauerte ein ehemaliger Schüler Bernhards Klemms, dass damit „eine internationale Führungsposition verschenkt“ worden sei. Das Referat zur städtebaulichen Denkmalpflege in der DDR am Beispiel Görlitz will nicht nur das damalige Konzept zur Altstadtsanierung vorstellen, sondern auch die baupolitischen und gesellschaftlichen Zwänge berücksichtigen, die das Modell letztlich zum Scheitern führten.

13. Ungeliebtes Erbe? Zum Umgang mit Kirchen in der SBZ/DDR – Dipl.-Ing. Henriette von Preuschen M.A. (TU Cottbus)

Der bekannte Ausspruch Karl Marx' „Religion ist Opium des Volkes“¹ legt nahe, dass die Kirchen als religiöse Gemeinschaften der kommunistischen Ideologie des sozialistischen Staates entgegenstanden, obwohl in der DDR dem Gesetz nach Religionsfreiheit herrschte.² Damit waren auch die Stätten des christlichen Glaubens, die Kirchenbauten, die seit jeher zu den herausragenden Kulturdenkmälern gezählt werden, gerade nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs in ihrem Bestand in besonderem Maße gefährdet. Tatsächlich wurden zahlreiche Kirchen und Kirchenruinen in der DDR abgebrochen oder so vernachlässigt, dass sie verfielen. Doch viele Ruinen wurden bis hin zur politischen Wende 1989 wiederhergestellt, obwohl nicht nur die politischen sondern auch die materiellen Rahmenbedingungen erschwert waren. Hierbei werden zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands grundsätzliche Unterschiede im Umgang mit den kriegszerstörten Kirchen deutlich, deren Wiederaufbau sich in der Stringenz des Entwurfes, der gestalterischen Qualität und in der Detaillierung häufig unterscheidet.

Diesen Beobachtungen soll nachgespürt werden: Wie verhielt es sich im Einzelnen mit dem Wiederaufbau von Kirchen in der SBZ/DDR? Warum haben manche Kirchen die Epoche der DDR überdauert und andere diese Zeit nicht überstanden? Warum und in welcher Form wurden Kirchen wiederaufgebaut? Welchen besonderen Zwängen des sozialistischen Staates waren sie unterworfen? Was vermitteln die Wiederaufbauten und die Abbrüche über die DDR, ihre Kirchenpolitik und ihr Geschichtsverständnis? Wie bildeten sich die speziellen Lebensverhältnisse in der DDR an den Kirchenbauten ab?

¹ Karl Marx: Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Berlin (DDR) 1956-1990, 1:378.

² „Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.“ (Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik [vom 7. Oktober 1949], B. Inhalt und Grenzen der Staatsgewalt, V. Religion und Religionsgemeinschaften Art. 41, Berlin 1955, 27).

14. Die Kirche in der „sozialistischen Stadt“ – Verena Heinemann (Weimar)

Die Kirchenneubauten der DDR traten nicht wie in anderen Gesellschaften im Zentrum der städtischen Siedlungen in Erscheinung, sondern sind vielmehr als „Nischenkultur“ zu verstehen. Das politische Grundanliegen des eindeutig atheistisch ausgerichteten Regimes war es, die Kirchen nicht zu verbieten, aber sie an den Rand der Gesellschaft zu drängen und sie damit mittel- und langfristig unbedeutend zu machen. Der Neubau von Kirchen, als im öffentlichen Raum sichtbarer Ausdruck einer lebendigen christlichen Gemeinde, wurde folglich von Seiten des Staates stark eingeschränkt. So wurden Kirchenneubauten zwar meist geduldet, allerdings nur unter erschwerten Bedingungen wie z.B. ungünstigen, ortskernfernen Baustandorten und äußerst schlechten materiellen Voraussetzungen. Kirchengemeinden mussten oft jahrelang warten, bis sich endlich die Gelegenheit zu einem Grundstückskauf ergab, schon zugesagten Bauprojekten wurde oft kurzerhand die Genehmigung wieder entzogen.

In vielen Fällen katholischer Kirchenbauten der DDR lässt sich nicht von einer bewussten städtebaulichen Einordnung sprechen. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs waren durch die Flüchtlinge viele katholische Gemeinden Ostdeutschlands nahezu explosionsartig angewachsen. Kirchenräume wurden daher dringend benötigt und entstanden in den 1950er Jahren hauptsächlich durch die Umnutzung bestehender profaner Gebäude, die von den Gemeinden ererbt, gekauft oder gemietet werden konnten. Somit ließen sich weder Standortfaktoren berücksichtigen, noch bezüglich der Gebäudeabmessungen im Stadtraum eigene Akzente setzen. Die an traditionellen Bauformen orientierten Kirchen der 1950er Jahre von Johannes Reuter, Andreas Marquart, Egon Körner und anderen Architekten sind gewissermaßen als Ausnahme des eben Beschriebenen zu verstehen, da sie dem überlieferten Bild einer Kirche entsprechen und als solche auch städtebaulich in Erscheinung treten. Ebenso wie die durch Umnutzung entstandenen Kirchen der 1950er Jahre sind auch etliche Kirchenneubauten der DDR der 1960er und 70er Jahre im Stadtbild nicht wahrzunehmen. Das liegt zum einen daran, dass viele dieser Kirchen und Kapellen oft wie ein normales Wohnhaus aussehen und deshalb nicht als Sakralbau in Erscheinung treten. Zum anderen ist die Anordnung von Kirchen weit ab des dörflichen oder städtischen Zentrums als grundlegendes Merkmal zu nennen. Meist wurden den

Kirchen nur die Grundstücke zur Nutzung überlassen, die von der Ortsgemeinde nicht anderweitig gebraucht werden konnten oder einen Schandfleck im Stadtbild darstellten. Wenn die katholische Gemeinde nicht zufällig ein eigenes Grundstück in der Innenstadt besaß, war der Erwerb eines Bauplatzes in zentraler Lage so gut wie ausgeschlossen. Auch sind Kirchen bzw. Kapellen, die am Wegesrand oder auf einem Berg eine Signalwirkung innehaben konnten, gar als städtebauliches Zeichen an markanter Stelle auffallen würden, beim kirchlichen Bauen in der DDR nur sehr selten zu finden.